

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

- 18. WP-

19. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Dezember 2012, 13 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christopher Vogt (FDP)

i. V. v. Dr. Heiner Garg

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/12	4
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/297	
(überwiesen am 15. November 2012 an den Finanzausschuss und den Bildungsausschuss)	
Schreiben des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung Umdruck 18/407	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Umdruck 18/442	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Umdruck 18/450	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/485	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Umdruck 18/502	
2. Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/12

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/297](#)

(überwiesen am 15. November 2012 an den **Finanzausschuss** und den Bildungsausschuss)

Schreiben des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung

[Umdruck 18/407](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/442](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/450](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/485](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/502](#)

Abg. Schmidt bringt den Änderungsantrag der PIRATEN, [Umdruck 18/502](#), ein. Die primären Aufgaben des Landes, zu denen auch die Hochschulsanierung und der Kita-Ausbau zählen, sollten im Haushalt abgebildet werden. Der Spielraum durch unerwartet niedrige Zinsausgaben im Jahr 2012 solle genutzt werden, um ein zweckgebundenes Sondervermögen für ein Programm zur vorsorgenden Finanzpolitik (PROFI) aufzulegen.

Abg. Koch begrüßt die Aufnahme des Kita-Bereichs in das Sondervermögen und vermisst die Aufnahme des Bereichs Straßensanierung, mit der der Haushaltsgesetzgeber Minderausgaben in diesem Bereich in den kommenden Haushaltsjahren ermöglichen würde. Man sollte den exzellenten Haushaltsabschluss 2012 vollständig ausnutzen, um den gigantischen Investitionsbedarf im Lande vorrangig in den Bereichen Hochschulen, Kinderbetreuung und Sanierung von Landesstraßen anzugehen, was die Schuldengrenze in den nächsten Haushalten nicht zulassen werde.

Abg. Winter begründet den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 18/485](#), mit der Einigung zwischen Landesregierung und Kommunen über den Ausbau der Kinderbetreuung. Die Aufnahme des Bereichs Straßensanierung in das Sondervermögen lehnt er ab, weil die Koalition durch energetische Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden Energiekosten senken wolle. Die vom Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in [Umdruck 18/407](#) angesprochenen Aspekte der Barrierefreiheit sollten in die Ausführungsbestimmungen aufgenommen und bei der Umsetzung berücksichtigt werden.

Abg. Vogt begrüßt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, setzt sich aber dafür ein, nicht nur energetische Sanierungsmaßnahmen, sondern auch Neubauvorhaben, zum Beispiel zusätzliche Seminargebäude an den Hochschulstandorten in Lübeck und Flensburg, mit dem Sondervermögen zu realisieren und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Hochschullehre zu leisten.

Abg. Harms weist darauf hin, dass die Koalition mit dem Sondervermögen in die politischen Schwerpunkte Bildung (Hochschulen, Kitas und Schulen) und Nachhaltigkeit (energetische Sanierung) investiere.

Auch Abg. Andresen hebt die Verbindung dieser beiden politischen Zielsetzungen hervor. Von der energetischen Gebäudesanierung profitierten die Bildungseinrichtungen insofern, dass sie in Zukunft Energiekosten sparten, während mit der Sanierung von Landesstraßen keine unmittelbaren Kosteneinsparungen verbunden seien.

Abg. von Kalben macht deutlich, dass sich die Koalition auf Sanierungsmaßnahmen konzentriere, um Energiekosten zu senken und den Klimaschutz voranzutreiben, und angesichts der Schuldenbelastung des Landes nicht in weitere Neubauvorhaben investieren könne.

Finanzministerin Heinold macht darauf aufmerksam, dass die Barrierefreiheit als Bestandteil der Bauordnung im Dialog mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung bei allen Bauvorhaben berücksichtigt werde. Sie freue sich, dass die Errichtung des Sonderver-

mögens, die in diesem Jahr durch die Einsparung bei den Zinsausgaben möglich sei, auf breite Zustimmung stoße, denn die dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen könnten aus dem regulären Haushalt nicht finanziert werden. Im Jahr 2013 stünden außerdem 50 Millionen € aus dem Programm PROFI für die energetische Gebäudesanierung zur Verfügung. In Angriff genommen würden insbesondere die Sanierungsmaßnahmen mit besonders hoher Wirtschaftlichkeit.

Rechnungshofpräsident Dr. Altmann äußert, dass Investitionen in Bauunterhaltung und energetische Sanierung auf der Grundlage von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen natürlich sinnvoll seien, weil sie der Werterhaltung dienen und Energiekosten verringerten. Problematisch sei allerdings die Bildung eines Sondervermögens, weil grundsätzlich Minderausgaben zur Reduzierung der Neuverschuldung genutzt und aus haushaltsrechtlichen Gründen der Weg eines Nachtragshaushalts gewählt werden sollten.

Der FDP-Änderungsantrag, [Umdruck 18/442](#), wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN abgelehnt.

Der CDU-Änderungsantrag, [Umdruck 18/450](#), wird mit den Stimmen der Koalition und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der PIRATEN, [Umdruck 18/502](#), wird gegen die Stimme der PIRATEN mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Der Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, [Umdruck 18/485](#) wird mit den Stimmen der Koalition und PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP angenommen.

Der Gesetzentwurf [Drucksache 18/297](#) wird mit den beschlossenen Änderungen bei Enthaltung der CDU mit den Stimmen aller anderen Fraktionen angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Finanzausschuss kommt überein, am Mittwoch, dem 19. Dezember 2012, auf Antrag der CDU-Fraktion gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss eine Sitzung zum Thema „Verkauf der Provinzial“ durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 13:50 Uhr.

gez. Thomas Rother

gez. Ole Schmidt

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführer